

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Eingebung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. E., Großnaundorf, Freyung, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Hebersdorf, Thiemendorf, Mittelschach Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 39

Mittwoch, den 16. Februar 1927

79. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Montag, den 21. Februar 1927, vormittags 9 1/2 Uhr,

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses im Rathaus zu Pulsnitz.

Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und im Be-
kanntmachungskasten des Rathauses zu Pulsnitz aus.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 14. Februar 1927.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fabrikbesitzerin **Gulda Alma**
verw. **Feilgenhauer** geb. Kreiner, Inhaberin der Firma **Arth. Feilgenhauer**, Schürzen-

und Berufskleiderfabrik in **Pulsnitz**, Kurze Str. 1, ist infolge eines von der Gemeinschuld-
nerin gemachten neuen Vorschlags zu einem Zwangsvergleich der Vergleichstermin auf

den 26. Februar 1927, vormittags 9 Uhr,

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt worden. Der auf den **19. Februar 1927,**
vormittags 11 Uhr, anberaumte Termin wird aufgehoben.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der
Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 11. Februar 1927.

Das Wichtigste

Die Reichsbahn hat neue Maßnahmen zur Verhütung von Unglücks-
fällen getroffen.
Nach den bisherigen Meldungen beträgt die Zahl der Todesopfer bei
dem Erdbeben auf dem Balkan etwa 600.
In Birmingham und Schopp bei Mannheim wurden Pulverfabriken durch
Explosion vernichtet.
Bei dem Unwetter in Australien und Japan sind mehrere hundert
Menschen ums Leben gekommen.
Graf Luckner beabsichtigte in einer Schule in Connecticut eine Rede
in deutscher Sprache zu halten. Vertreter amerikanischer Veteranen-
Organisationen protestierten dagegen bei amtlichen Stellen. Die
Mitglieder des Schulrats teilten Luckner den Protest mit, der dann
zusagte, englisch zu sprechen.

Wertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Heimatabend.) Der Land- und forst-
wirtschaftliche Verein Pulsnitz veranstaltet kommenden Frei-
tag, den 18. Februar, infolge der schlechten Wirtschaftslage
an Stelle eines Stiftungsfestes einen Heimatabend, zu wel-
chem Herr Oberlehrer i. N. Störner, Arnsdorf, einen Licht-
bildervortrag über: „Im Zauberreich der Masseney“ hal-
ten will. Die Veranstaltung wird mit Gesangsvorträgen, leben-
den Bildern, verschiedenen Reigen, ausgeführt von der Land-
wirtschaftlichen Schule und vom Verein Chem. Landwirtschaftl.
Schüler, umrückt. Vor diesem Vortrag wird Frl. v. Seyd-
lich, Vorsteherin der Abteilung für Frauenarbeit der Land-
wirtschaftskammer, einige Worte über: „Wesen und Ziele
der Landwirtschaftl. Hausfrauenvereine“ sprechen, woran an-
schließend die Gründung eines Landwirtschaftl. Hausfrauenvereins
stattfinden soll. Ein kleines Länzchen soll den Schluß bil-
den. Es wäre zu wünschen, daß durch recht zahlreichen Be-
such, neben der sachlichen Bestrebungen des Vereins auch die
Heimatliebe zu pflegen, bekundet würde.

— (Rein Volkstrauertag in Sachsen.) Die
sächsische Regierung hat beschlossen, für den Freistaat Sachsen
einen bestimmten Tag des Jahres 1927 für den allgemeinen
Volkstrauertag nicht festzulegen, solange nicht durch Reichs-
gesetz ein allgemeiner Trauertag für das gesamte Reichsgebiet
geschaffen worden ist. — Die „Leipz. N. N.“ bemerken hierzu:
Wir bedauern diese Stellungnahme, weil für dieses Jahr
vom Reich und von den beteiligten Verbänden bei Festsetzung
des allgemeinen Volkstrauertages auf den 13. März beson-
dere Rücksicht darauf genommen worden ist, daß die Leipziger
Wesche vorüber ist. Das Reich hat den Ländern die Veran-
staltung des Volkstrauertages an diesem Tage empfohlen.
Die Haltung Sachsens, läßt den Eindruck aufkommen, als
ob es zur Begehung des Volkstrauertages erst durch Gesetzes-
druck angehalten werden müsse.

— (Neue sächsische Anleihen im Betrage
von 100 Millionen Mark) Das sächsische Gesamt-
ministerium hat beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines
Anleihegesetzes vorzulegen, durch den das Finanzministerium
ermächtigt werden soll, eine oder mehrere verzinsliche An-
leihen bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark
aufzunehmen. Weiterhin soll dem Landtage ein Gesetzes-
entwurf vorgelegt werden über eine Lenkerung des Staats-
schuldbuchgesetzes, wonach auch verlosbare Schuldschrei-
bungen von Staatsanleihen in das Staatsschuldbuch einge-
tragen werden können.

— (Die amtliche Großhandelsindexziffer.)
Die auf den Stichtag des 9. Februar berechnete Großhan-
delsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 135,8
und ist gegenüber der Vormoche um 0,3 v. H. gestiegen.
Die Indexziffer der Agrarstoffe hat sich bei anziehenden

Polen bricht die Wirtschaftsverhandlungen ab

Die polnische Delegation verläßt Berlin

Eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister — Wanderveldes Kammerrede

Warschau. Der polnische Verhandlungsleiter Dr.
Pradzynski hat an den deutschen Bevollmächtigten der
deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Dr. Le-
walsch ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Bestätigung
des Empfanges der deutschen Note vom 12. d. M. mitteilt,
daß die polnische Regierung den Entschluß der Reichs-
regierung über die Verhandlungsunterbrechung zur Kenntnis
genommen habe.

Da die von Dr. Lewalsch angeführten Gründe für den
Entschluß der Reichsregierung über den Abbruch der Handels-
vertragsverhandlungen hinausgehen, erachtet er es seiner-
seits als unmöglich, in dieser Frage in eine Dis-
kussion zu treten. Trotzdem sehe er sich gezwungen,
festzustellen, daß nach Meinung seiner Regierung die Unter-
brechung der Berliner Verhandlungen nicht nur unan-
gebracht gewesen sei, sondern auch die nach der Ueber-
zeugung der polnischen Regierung erwünschte Wirtschafts-
verbindung zwischen den beiden Ländern erschweren und
verzögern könne. Hierbei fühle er sich genötigt, festzustellen,
daß die polnische Delegation in unangenehmer Weise durch
die Form der im letzten Augenblick deutscherseits erfolgten
Abgabe der im Gange befindlichen Kommissionsarbeiten über-
rascht gewesen sei.

Im Hinblick auf den erwähnten Beschluß der Reichs-
regierung teilt der polnische Verhandlungsleiter mit, daß ent-
sprechend den von ihrer Regierung erhaltenen Instruktionen
die polnische Delegation Berlin verlässe,
ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, daß die Reichs-
regierung in Zukunft durch ihr Verhalten die Wiederauf-
nahme der Handelsvertragsverhandlungen nicht zu vereiteln
wünsche.

Wie sich die polnische Regierung ihre Mehrheit sichert.

Warschau. Nachdem bei der zweiten Lesung des Bud-
getentwurfs die Regierung nicht die Majorität erhielt, würde
eine weitere Ablehnung des Entwurfs die Regierung zum
Rücktritt oder zur Auflösung des Parlaments gezwungen
haben. Pilsudski hatte aber den richtigen Augenblick
für die Abstimmung gewählt und hatte auch vorher alle Mi-
nister, mit Ausnahme des Innenministers, angewiesen, der
Verhandlung fernzubleiben, um dadurch der Opposition ihre
Beratung auszusprechen. Als es zur Abstimmung kam,
waren tatsächlich viele Mitglieder der Oppositionsparteien

eingeschüchtert, und der Entwurf wurde mit einer kleinen
Mehrheit angenommen. Pilsudski begab sich darauf
theatralisch zu dem Präsidenten des Hauses und drückte
diesem zum Danke die Hand und verließ das Haus unter
dem Beifall seiner Anhänger.

Eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister

Berlin, 15. Februar. Der „Votanzzeiger“ veröffentlicht eine
Unterredung mit dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Köhler, in der
dieser sich über die Wirtschaftslage Deutschlands und die Finanzlage
des Reiches äußert. Die zwei Millionen Arbeitslose, so erklärte der
Minister, ließen erkennen, daß die Wirtschaft noch nicht wieder vollstän-
dig belebt sei. Unbedingt seien daher neue Steuern oder ein Anziehen
alter Steuern. Man werde im Gegenteil versuchen müssen, zur Be-
lebung der Wirtschaft die Steuern noch zu senken. Zur Verwaltungs-
reform erklärte Dr. Köhler, daß man in organischer Entwicklung zu
einer Vereinigung des großen Apparates kommen müsse. Ferner
äußerte sich der Minister zu dem Finanzausgleich und zur Aufwertungs-
gesetzgebung.

Zur Kammerrede Wanderveldes

Brüssel, 16. Februar. In seiner Kammerrede über Rheinlande
räumung und Entwaffnung führte Wandervelde noch aus, er zweifel-
te nicht daran, daß die Politik Stresemanns sich nicht geändert habe
Ebenso wenig habe sich die Politik Belgiens geändert. Aber Dr. Strese-
mann werde nicht darüber erstaunt sein, daß selbst diejenigen, die einem
Deutschland, das sich entschieden auf die Demokratie einstelle, das größte
Vertrauen entgegen bringen würden, sich fragten, was man von einem
Deutschland denken müßte, in dem das Heer als eine unabhängige
Macht aufträte und in dem die leitenden Führer fast alle Männer des
alten Regimes seien und in dem man den Schutz der Verfassung von
Weimar nur verspreche, indem man der Vergangenheit und ihren Sym-
bolen Achtung zolle. Also lägen ernste Gründe vor, um mit Vorsicht
vorzugehen und in gemäßigtem Tempo. Nach vielen Gesichtspunkten
sei die Abrüstung Deutschlands Wirklichkeit geworden. Aber trotz der
Abrüstung bleibe Deutschlands Kriegsfähigkeit erheblich. Deutschland
würde selbst ohne Bundesgenossen aus heute imstande sein, in wenigen
Monaten Millionen von genügend ausgebildeten und hinreichend aus-
gerüsteten Mannschaften ins Feld zu führen. Auch sei die Möglichkeit
der Abrüstung der chemischen Industrie und der Handelsluftfahrt
derartig, daß das Reich binnen sehr kurzer Zeit seine zivilen Hilfs-
mittel zur militärischen Verwendung bringen könnte. Die siegreichen
Ententemächte hätten zwar erreicht, daß das Kriegsmaterial, welches
Deutschland fast vollständig nach dem Waffenstillstand besaß, vernichtet
worden sei. Es sei indessen unumgänglich gewesen, zu verhindern, daß
Millionen von entwaffneten Mannschaften wieder zu einem Volk in
Waffen gemacht und eines Tages neu bewaffnet werden könnten.

Wiedpreisen um 0,8 v. H. auf 139,9 erhöht. Die Index-
ziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren hat eben-
falls leicht auf 129,1 angezogen, während die Preise der
industriellen Fertigwaren einen leichten Rückgang auf 141,5
verzeichneten.

— (Zubälumstagnung des Verbandes Sächsi-
scher Industrieller.) Da bei dem Verbande Sächsischer Indu-
strieller noch sehr viele Anfragen eingehen, aus denen hervorgeht, daß
die Mitglieder über die einzelnen aus Anlaß des 25 jährigen Zubi-
läums des genannten Verbandes stattfindenden Veranstaltungen nicht
genau unterrichtet sind, sind wir gebeten worden, hierüber noch folgen-
des mitzuteilen: Die Jubiläumsfeier wird eingeleitet durch einen am
Montag, den 21. Februar, mittags 1/12 Uhr im Vereinshaus statt-
findenden Festakt, bei dem auch die Kapelle der Staatsoper unter
Leitung des Herrn Kapellmeister Striegler mitwirken wird und in dem
auch nach Begrüßung der Erscheinenden durch den Vorsitzenden des Ver-
bandes Herrn Otto Moras, die Ansprachen der Behördenvertreter und
Gäste erfolgen. Außerdem hält bei diesem Festakt der Syndikus
des Verbandes, Herr Dr. Johannes März einen Vortrag über „25 Jahre
Verband Sächsischer Industrieller“. Am gleichen Tage abends 1/7 Uhr
findet in sämtlichen Räumen des Zentral Theaters zu Dresden ein
Gesellschaftsabend statt, der eingeleitet wird durch einen Prolog. Es
gelangt dann das Leo Fall'sche Singpiel „Brüderlein fein“ einstudiert

von Georg Wörge vom Residenz Theater zur Aufführung. An dieses
Singpiel schließen sich tänzerische Darbietungen, dirigiert von der
Tanzgruppe der Staatsoper unter Leitung von Frau von Cleve-Bez,
an. Als erstes wird die Ballett-Pantomime „Die Verliebten“, Musik
von Mozart (40 Mitwirkende) vorgeführt; weitere Tanzvorführungen
folgen. Den Abschluß des Abends bildet ein geselliges Beisammensein
mit Tanz. Zu diesen Veranstaltungen sind zurzeit gute Plätze noch
zu haben, der Verband bittet jedoch darum, Bestellungen nicht erst im
letzten Moment vorzunehmen, damit die Abwicklung der Uebermittlung
der Karten glatt und ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Es wird
noch besonders darauf hingewiesen, daß bei sämtlichen Veranstaltungen
die zahlreiche Teilnahme von Damen sowie auch der industriellen Ju-
gend sehr erwünscht ist und daß die am 22. Februar, vormittags
1/11 Uhr im Konzertsaal des Ausstellungspalastes zu Dresden statt-
findende diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes
ebenfalls besondere Beachtung verdient, weil in ihr von dem Syndikus
des Verbandes der Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
erstattet und außerdem ein hochbedeutender Vortrag des Herrn Kom-
merzienrat Hans Vogel, Chemnitz über „Das Internationale Arbeits-
amt in Genf und die deutsche Industrie“ gehalten wird.

— (Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das
Sächsische Gesetzblatt Nr. 2 enthält eine Verordnung vom
24. Januar über die Anlegung von Münzelgeldern bei Banken,

